

# Die Kalkfabrik wehrt sich gegen «falsche Behauptungen»

Das Referendum gegen die Ausbaupläne der Kalkfabrik in Netstal ist offiziell zustande gekommen. Das Unternehmen wirft den Gegnern derweil vor, sie hätten unfair um Unterschriften gebuhlt.

von Ueli Weber

Die Kalkfabrik Netstal stösst mit ihren Plänen, zwei neue Abbaugebiete zu erschliessen, auf Widerstand. Eine Gruppe um den grünen Landrat Andreas Schlittler hat das Referendum gegen die Erweiterung ergriffen und in kurzer Zeit 394 Unterschriften gesammelt. Gestern meldete die Gemeinde Glarus, dass das Referendum zustande gekommen ist. 391 der 394 Unterschriften sind gültig, nötig sind 300.

Schlittler kämpft schon seit einigen Jahren gegen die Ausbaupläne der Kalkfabrik an. Er kritisiert unter anderem den von der Gemeinde ausgehandelten Vertrag mit der Kalkfabrik: Diese zahle verglichen mit anderen Steinbrüchen zu wenig für den Rohstoff, den sie aus dem Berg holt. Zudem würde das Landschaftsbild zerstört.

## «Es liegt an uns, unsere Hausaufgaben zu machen»

Die Kalkfabrik Netstal veröffentlichte gestern eine Stellungnahme zum Zustandekommen des Referendums. Das Unternehmen hält demnach an seinen Plänen fest und lehnt die Forderungen der Kritiker ab. Den Gegnern wirft das Unternehmen vor, sie hätten auf der Basis von unwahren Behauptungen Unterschriften gesammelt. «Wir akzeptieren selbstverständlich, dass die Initianten von diesem demokratischen Recht Gebrauch gemacht haben. Was uns ärgert, ist, dass die Unterschriften auf der Basis von belegbar falschen Behauptungen zustande gekommen sind», sagt Heinz Marti, Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer der Kalkfabrik Netstal.

Die Gegner des Projektes hätten unter anderem mit fiktiven Visualisierungen Eingriffe in die Natur angeprangert und die Kalkfabrik fälschlicherweise als grössten CO<sub>2</sub>-Sünder im Kanton dargestellt. Sie hätten zudem mit falschen Zahlen zu Abbaufäche, Abbaupreis, Produktionsmenge und Zeithorizont argumentiert. «Es liegt nun an uns, bis zur entsprechenden Gemeindeversammlung unsere Hausaufgaben zu machen und die Bevölkerung über die Fakten aufzuklären und zu informieren», sagt Marti.



Loch im Berg: Die Kalkfabrik will ihr Abbaugebiet erweitern, weil sich die Kalkreserven zu Ende neigen.

Archivbild Ueli Weber

Die Kalkfabrik baut seit 1900 am Elggis Kalkstein ab. Die Herstellung von Weisskalk sowie Kies- und Schotterprodukten sind die Standbeine des Unternehmens. Gemäss der neusten Erhebung decke das Restvolumen des bestehenden Abbaugebietes den Rohstoffbedarf für die Weisskalkherstellung nur noch für wenige Jahre ab, erklärt die Kalkfabrik: «Der Fortbestand der 'Chalchi' und ihrer Arbeitsplätze im Glarnerland hängt deshalb von der Erschliessung von zusätzlichen Rohstoffressourcen in den Gebieten Elggis Süd und Gründen ab.»

«Der Fortbestand der 'Chalchi' hängt von der Erschliessung von zusätzlichen Rohstoffressourcen ab.»

Heinz Marti  
Kalkfabrik Netstal

Die Erweiterung Elggis Süd dehnt den bestehenden Steinbruch in Richtung Ennenda aus. Der Hügel zwischen dem Steinbruch und der ehemaligen Walzmühle wird gekappt, soll aber nicht ganz verschwinden. Die Erweiterung Gründen liegt nördlich des Steinbruches auf dem Plateau unterhalb der Ennetberge. Die Kalksteinvorkommen in diesen Gebieten könnten die Betriebstätigkeit der Kalkfabrik und deren rund 50 Arbeitsplätze für die nächsten 40 bis 50 Jahre sichern, schreibt das Unternehmen.

Die Kalkfabrik plant seit 2013, ihr Abbaugebiet zu erweitern. Die Gemeindeversammlung von Glarus stimmte bei der Ortsplanungsrevision 2016 dafür, Gründen und Elggis Süd der Abbauzone zuzuweisen. Eine Stimmrechtsbeschwerde von Andreas Schlittler gegen den Entscheid scheiterte vor dem Bundesgericht. Das Departement Bau und Umwelt genehmigte 2018 die Zonenplanung der neuen Abbaugebiete.

## Gemeindeversammlung entscheidet im Herbst

Wie der Glarner Gemeinderat gestern mitteilte, kommen die Abbaupläne vor die Herbst-Gemeindeversammlung vom 27. November. Die Stimmberechtigten können sie gesamthaft annehmen, gesamthaft ablehnen oder mit einem Änderungsantrag an den Gemeinderat zurückweisen.